

DS	Vorschlagstitel	Stadtverordneten- versammlung	Finanzen	Hauptausschuss	Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwick- lung des ländlichen Raumes	Bildung und Sport	Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion	Ausschüsse				Ordnung und Sicherheit	Partizipation, Transparenz und Digitalisierung	Jugendhilfeausschuss	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	Fraktionen*		CDU	DIE aNDERE	Eiche	Fahrland	Golm	Groß Glienicke	Ortsbeiräte		Marquardt	Neu Fahrland	Satzkorn	Uetz-Paaren		
								Klima, Umwelt und Mobilität	Kultur	Sozial/Die Linke	Die Linke						Grube	Grube														
		07.06.2023	15.03.2023 / 30.5.2023	08.02. und 22.02.2023	17.01.2023	20.12.2022	14.02.2023	23.02.2023	09.02.2023	20.12.2022	10.01.2023	19.01.2023	20.03.2023	13.03.2023	17.04.2023	13.03.2023	20.03.2023	12.12.2022	26.01.2023	18.01.2023	19.01.2023	17.01.2023	23.01.2023	20.12.2022	23.12.2022	19.01.2023	20.02.2023					
5 Bürgervorschläge zur Haushaltskonsolidierung / Haushaltssicherung																																
1.	(DS 22/SVV/1120) Kein Stadtgeld für den Wiederaufbau der Garnisonkirche <small>ungeändert beschlossen: 6 geändert beschlossen: 0 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 1 durch Verwaltungshandeln erledigt: 1</small>	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	-	ung.bes. Annahme	erl. Bereits in Ums.	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	abgel. Ablehnung	ung.bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
2.	(DS 22/SVV/1121) Effiziente Geschäftsprozesse in der Stadtverwaltung <small>ungeändert beschlossen: 6 geändert beschlossen: 1 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 0 durch Verwaltungshandeln erledigt: 1</small>	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	-	ung.bes. Annahme	erl. Bereits in Ums.	geä.bes. Prüfauftrag	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
3.	(DS 22/SVV/1122) Energie-Einsparungen bei der Straßenbeleuchtung <small>ungeändert beschlossen: 3 geändert beschlossen: 2 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 0 durch Verwaltungshandeln erledigt: 2</small>	geä.bes.** Prüfauftrag	geä.bes.** Prüfauftrag	-	-	-	-	ung.bes. Annahme	-	-	-	-	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	erl. Bereits in Ums.	geä.bes. Prüfauftrag	erl. Bereits in Ums.	geä.bes. Prüfauftrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
4.	(DS 22/SVV/1123) Gewinnausschüttung der Potsdamer Stadtwerke <small>ungeändert beschlossen: 0 geändert beschlossen: 0 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 8 durch Verwaltungshandeln erledigt: 0</small>	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	-	-	-	-	-	-	-	-	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
5.	(DS 22/SVV/1124) Keine finanzielle Beteiligung am Aufwand der Schlösserstiftung (Parkeintritt) <small>ungeändert beschlossen: 1 geändert beschlossen: 0 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 7 durch Verwaltungshandeln erledigt: 0</small>	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	-	-	-	abgel. Ablehnung	-	-	-	-	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	ung.bes. Annahme	abgel. Ablehnung	-	abgel. Ablehnung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
10 Bürgervorschläge zur laufenden Verwaltungstätigkeit (Ergebnishaushalt)																																
6.	(DS 22/SVV/1136) Spürbare Verbesserungen im Bürgerservice der Stadtverwaltung <small>ungeändert beschlossen: 10 geändert beschlossen: 0 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 0 durch Verwaltungshandeln erledigt: 0</small>	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	-	-	-	-	-	ung.bes. Annahme	-	-	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
7.	(DS 22/SVV/1126) Freiwillige Feuerwehren finanziell unterstützen <small>ungeändert beschlossen: 7 geändert beschlossen: 1 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 0 durch Verwaltungshandeln erledigt: 0</small>	geä.bes.** Prüfauftrag	geä.bes.** Prüfauftrag	-	-	-	-	-	ung.bes. Annahme	-	-	-	geä.bes. Prüfauftrag	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
8.	(DS 22/SVV/1127) Planung Ortsumgehungsstraße um Potsdam <small>ungeändert beschlossen: 4 geändert beschlossen: 0 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 7 durch Verwaltungshandeln erledigt: 0</small>	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	-	abgel. Ablehnung	-	-	abgel. Ablehnung	-	-	-	-	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	abgel. Ablehnung	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	-	ung.bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	-	
9.	(DS 22/SVV/1128) Erhalt und Schutz von Kleingärten in Potsdam <small>ungeändert beschlossen: 5 geändert beschlossen: 0 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 0 durch Verwaltungshandeln erledigt: 3</small>	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	-	erl. Bereits in Ums.	-	-	-	-	-	-	-	ung.bes. Annahme	erl. Bereits in Ums.	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	erl. Bereits in Ums.	ung.bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
10.	(DS 22/SVV/1129) Radschnellwege-Konzept mit Schnellstrecke Hauptbahnhof / Potsdam-West <small>ungeändert beschlossen: 6 geändert beschlossen: 1 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 1 durch Verwaltungshandeln erledigt: 1</small>	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	-	erl. Bereits in Ums.	-	-	ung.bes. Annahme	-	-	-	-	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	geä.bes. Prüfauftrag	ung.bes. Annahme	abgel. Ablehnung	ung.bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
11.	(DS 22/SVV/1130) Energieleitplanung zur Heizenergie aus regenerativen Quellen <small>ungeändert beschlossen: 4 geändert beschlossen: 1 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 0 durch Verwaltungshandeln erledigt: 3</small>	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	-	-	-	-	ung.bes. Annahme	-	-	-	-	ung.bes. Annahme	erl. Bereits in Ums.	erl. Bereits in Ums.	geä.bes. Prüfauftrag	erl. Bereits in Ums.	ung.bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
12.	(DS 22/SVV/1131) Inselbühne auf der Freundschaftsinsel erhalten und fördern <small>ungeändert beschlossen: 7 geändert beschlossen: 0 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 0 durch Verwaltungshandeln erledigt: 1</small>	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	-	-	-	-	ung.bes. Annahme	-	-	-	-	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	erl. Bereits in Ums.	ung.bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
13.	(DS 22/SVV/1132) Einrichtung fachübergreifenden Team für Klimaschutz und Energiesicherheit <small>ungeändert beschlossen: 5 geändert beschlossen: 0 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 0 durch Verwaltungshandeln erledigt: 3</small>	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	-	-	-	-	ung.bes. Annahme	-	-	-	-	ung.bes. Annahme	erl. Bereits in Ums.	erl. Bereits in Ums.	ung.bes. Annahme	erl. Bereits in Ums.	ung.bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
14.	(DS 22/SVV/1133) Dialog mit Schloßerstiftung: Nutzung Babelsberger Park auch für Naherholg. <small>ungeändert beschlossen: 7 geändert beschlossen: 0 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 1 durch Verwaltungshandeln erledigt: 1</small>	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	erl. Bereits in Ums.	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	abgel. Ablehnung	ung.bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
15.	(DS 22/SVV/1134) Gemeinsame Baumpflege mit der Bürgerschaft <small>ungeändert beschlossen: 5 geändert beschlossen: 4 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 0 durch Verwaltungshandeln erledigt: 0</small>	geä.bes.** Prüfauftrag	geä.bes.** Prüfauftrag	-	-	-	-	ung.bes. Annahme	-	geä.bes. Prüfauftrag	-	-	geä.bes. Prüfauftrag	geä.bes. Prüfauftrag	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	geä.bes. Prüfauftrag	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
5 Bürgervorschläge zur Investitionsplanung (Finanzhaushalt)																																
16.	(DS 22/SVV/1135) Jugend- und Freizeitanlage am Nuthepark / Hauptbahnhof finanzieren <small>ungeändert beschlossen: 8 geändert beschlossen: 1 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 0 durch Verwaltungshandeln erledigt: 0</small>	geä.bes.** Prüfauftrag	geä.bes.** Prüfauftrag	-	ung.bes. Annahme	-	-	ung.bes. Annahme	-	-	-	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	geä.bes. Prüfauftrag	ung.bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
17.	(DS 22/SVV/1136) Sporthalle zur Nutzung für Vereine und Gruppen (ohne Schulsport) <small>ungeändert beschlossen: 6 geändert beschlossen: 4 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 7 durch Verwaltungshandeln erledigt: 0</small>	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	-	-	abgel. Ablehnung	-	-	-	-	-	-	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	geä.bes. Prüfauftrag	geä.bes. Prüfauftrag	geä.bes. Prüfauftrag	geä.bes. Prüfauftrag	abgel. Ablehnung	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	abgel. Ablehnung	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	abgel. Ablehnung	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme		
18.	(DS 22/SVV/1137) Freibad im Potsdamer Norden <small>ungeändert beschlossen: 8 geändert beschlossen: 3 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 5 durch Verwaltungshandeln erledigt: 1</small>	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	-	-	abgel. Ablehnung	-	-	-	-	-	-	abgel. Ablehnung	erl. Bereits in Ums.	geä.bes. Prüfauftrag	geä.bes. Prüfauftrag	geä.bes. Prüfauftrag	ung.bes. Annahme	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme		
19.	(DS 22/SVV/1138) Wohnblock „Staudenhof“ erhalten / sanieren <small>ungeändert beschlossen: 3 geändert beschlossen: 0 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 7 durch Verwaltungshandeln erledigt: 0</small>	erl. Bereits in Ums.	abgel. Ablehnung	-	abgel. Ablehnung	-	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	-	-	-	-	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	abgel. Ablehnung	ung.bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
20.	(DS 22/SVV/1139) Fahrradweg-Lückenschluss zwischen Satzkorn und Marquardt <small>ungeändert beschlossen: 3 geändert beschlossen: 1 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 0 durch Verwaltungshandeln erledigt: 7</small>	ung.bes. Annahme	erl. Bereits in Ums.	-	erl. Bereits in Ums.	-	-	erl. Bereits in Ums.	-	-	-	-	ung.bes. Annahme	erl. Bereits in Ums.	erl. Bereits in Ums.	erl. Bereits in Ums.	erl. Bereits in Ums.	erl. Bereits in Ums.	-	-	-	-	-	-	ung.bes. Annahme	-	geä.bes. Prüfauftrag	-	-			

Beschlusskategorien: Vorlage ungeändert beschlossen = ung.bes. // Vorlage geändert beschlossen = geä.bes. // Vorlage abgelehnt = abgel. // Vorlage zurückgestellt = zurückgest. // durch Verwaltungshandeln umgesetzt = erl. // Vorlage zur Kenntnis genommen = zKg
*In der Stadtverordnetenversammlung sind weitere Fraktionen vertreten. Die hier aufgelisteten haben bis zum 31.5.2023 gegenüber der Projektleitung Bürgerhaushalt Empfehlungen/Voten zur "TOP20-Liste" ausgesprochen
**Die Formulierungen der konkreten Prüfaufträge aus dem Ausschuss für Finanzen finden Sie auf den folgenden Seiten.

DS 22/SVV/1120

1. Kein Stadtgeld für den Wiederaufbau der Garnisonkirche

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Aus dem Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam fließt kein Geld für den Wiederaufbau der Garnisonkirche.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Gemäß der Beschlüsse 08/SVV/0325, 12/SVV/0759 und 17/SVV/0819 durch die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung wird eine finanzielle Beteiligung der Landeshauptstadt am Bau der Garnisonkirche ausgeschlossen.

Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13349>

>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte

SPD	Annahme (ungeändert beschlossen)
Bündnis90 / DieGrünen	Bereits in Umsetzung (erledigt)
Sozial.DieLinke	Annahme (ungeändert beschlossen)
DieLinke	Annahme (ungeändert beschlossen)
CDU	Ablehnung (abgelehnt)
Die Andere	Annahme (ungeändert beschlossen) - <i>Keine Deckungsquelle notwendig</i>

Hauptausschuss	Annahme (ungeändert beschlossen)
----------------	---

Finanzausschuss	Annahme (ungeändert beschlossen)
Stadtverordnetenversammlung	Annahme (ungeändert beschlossen)

DS 22/SVV/1121

2. Effiziente Geschäftsprozesse in der Stadtverwaltung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam führt eine Überprüfung der Effizienz ihrer Arbeits- und Geschäftsprozesse durch (Aufgabenkritik). Dabei erfolgt eine kritische Überprüfung der öffentlichen Verwaltung und der von ihr wahrgenommenen Aufgaben. So soll geklärt werden, was notwendig, wirtschaftlich effizient und effektiv ist.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Landeshauptstadt Potsdam hat als Kommune staatliche Aufgaben der Daseinsvorsorge nach gesetzlichen Bedingungen und Regeln zu erbringen. Verbunden mit den Beschlüssen der demokratischen Vertretung (der Stadtverordnetenversammlung) ist eine Gleichsetzung mit einem Unternehmen nicht an jeder Stelle möglich. Die Prozesse, die die Stadtverwaltung eigenständig gestalten kann, orientieren sich bereits an Effizienzgesichtspunkten. Hierbei wird insbesondere in der Digitalisierung ein Katalysator für die Optimierung der Arbeits- und Geschäftsprozesse mit Blick auf Effizienz, Effektivität, Qualität und Nutzerorientierung gesehen.

Bis Ende 2022 soll zudem ein standardisiertes, zentrales Geschäftsprozessmanagement etabliert werden, das durch eine geeignete Softwarelösung unterstützt wird. Damit wird dann ein Werkzeug genutzt, das systematisch, nachhaltig und als „Daueraufgabe“ eine aufgabenzweck- und vollzugskritische Prozessoptimierung realisiert. Die Geschäfts- und Fachbereiche werden bei der Analyse, Modellierung und Optimierung ihrer Prozesse durch eine externe Beratung unterstützt. 2022 wird die Konzeptionierung und Implementierung des Prozessmanagements begonnen. Die Aufwendungen hierfür betragen rund 45.000 Euro. Diese Konzeption soll durch eine Softwarelösung

gestützt werden. Dafür werden in den Folgejahren Kosten von jährlich rund 50.000 Euro kalkuliert, u.a. für Lizenzen, Updates, Support und Schulungen der Mitarbeitenden.

Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13788>

>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte

SPD	Annahme (ungeändert beschlossen)
Bündnis90 / DieGrünen	Bereits in Umsetzung (erledigt)
Sozial.DieLinke	Prüfauftrag (geändert beschlossen)
DieLinke	Annahme (ungeändert beschlossen)
CDU	Annahme (ungeändert beschlossen)
Die Andere	Annahme (ungeändert beschlossen)
Hauptausschuss	Annahme (ungeändert beschlossen)
Finanzausschuss	Annahme (ungeändert beschlossen)
Stadtverordnetenversammlung	Annahme (ungeändert beschlossen)

DS 22/SVV/1122

3. Energie-Einsparungen bei der Straßenbeleuchtung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam reduziert die Straßenbeleuchtung durch ein späteres Ein- und früheres Ausschalten der Beleuchtungszeit. Zudem sind bei der Ausstattung neuer Anlagen spezielle Sensoren zu verwenden, die auf Bewegung reagieren und das Licht heller werden lassen, wenn sich in diesem Abschnitt jemand befindet.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Da die öffentliche Straßenbeleuchtung auch maßgeblich für soziale Sicherheit aber auch zur Verkehrssicherheit beiträgt, sind verkürzte Betriebszeiten oder gar gänzliche Abschaltungen aus der Verkehrssicherungspflicht kein Mittel zum Zweck.

Die Straßenbeleuchtung wird in Potsdam über Dämmerungsschalter realisiert. Dabei verhindern Zeitschaltuhren, dass durch ungünstige Lichtverhältnisse (z.B. kurzzeitiges Abdunkeln, hervorgerufen durch andere Umfeldfaktoren) die Beleuchtung ein- bzw. nicht wieder ausgeschaltet wird. Seit einigen Jahren wird in der Landeshauptstadt Potsdam zudem die herkömmlich energiesparende Straßenbeleuchtung bereits auf neueste LED-Technik umgerüstet. Bei Neubauvorhaben werden ebenfalls ausschließlich LED-Leuchten eingesetzt. Für weitere Energieeinsparungseffekte wird vermehrt von der Dimmbarkeit der LED-Technik Gebrauch gemacht (z.B. in den späten Nachtstunden). Seit knapp zwei Jahren ist u.a. auf dem Uferweg „Templiner See“ (Im Bogen bis Kastanienallee) eine solche „smarte“ Beleuchtung (Dimmung sowie „mitlaufendes Licht“) im Einsatz.

Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13688>

>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte

SPD	Annahme (ungeändert beschlossen)
Bündnis90 / DieGrünen	Annahme (ungeändert beschlossen)
Sozial.DieLinke	Bereits in Umsetzung (erledigt)
DieLinke	Prüfauftrag (geändert beschlossen)

CDU	Bereits in Umsetzung (erledigt)
Die Andere	Prüfauftrag (geändert beschlossen) - <i>Mögliche Räume für Einsparungen sollten vorher geprüft werden, auch unter Berücksichtigung des besonderen Sicherheitsgefühls von Menschen mit Behinderung, Frauen und Kindern.</i>

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität	Annahme (ungeändert beschlossen)
---	---

Finanzausschuss (FA)	Prüfauftrag (geändert beschlossen): Die Landeshauptstadt Potsdam wird beauftragt zu prüfen, wie – insbesondere unter Berücksichtigung von Sicherheitsbedürfnissen – durch die aufgeführten Maßnahmen – Reduzierung der Straßenbeleuchtung durch ein späteres Ein- und früheres Ausschalten der Beleuchtungszeit sowie die Ausstattung neuer Anlagen mit speziellen Sensoren, die auf Bewegung reagieren und das Licht heller werden lassen, wenn sich in diesem Abschnitt jemand befindet – Energiekosten eingespart werden können.
Stadtverordnetenversammlung	Prüfauftrag (geändert beschlossen) – siehe FA

DS 22/SVV/1123

4. Gewinnausschüttung der Potsdamer Stadtwerke

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtwerke Potsdam tragen zukünftig mit Gewinnausschüttungen zur Haushaltssicherung der Landeshauptstadt Potsdam bei.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Der Stadtwerkeverbund hat das Ziel, die beteiligten Unternehmen eng zu vernetzen, Querschnittsfunktionen zu bilden, Leistungsangebote abzustimmen und gemeinsame Optimierungspotentiale zu erschließen.

Die Stadtwerke Potsdam GmbH erbringt Dienstleistungen für die beteiligten Unternehmen um betriebswirtschaftliche Synergieeffekte durch Wissenstransfers, Aufgabenkonzentration und Zusammenarbeit zu erzielen. Die in ihm gebündelten Unternehmen (z.B. Verkehrsbetriebe Potsdam GmbH, Energie und Wasser Potsdam GmbH, Stadtentsorgung Potsdam GmbH u.v.m.) erfüllen wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge. Dabei unterstützen wirtschaftlich starke Unternehmen, wie z.B. die Energie und Wasser Potsdam GmbH, Unternehmen wie z.B. die Verkehrsbetriebe Potsdam GmbH deren Leistungserbringung nicht wirtschaftlich möglich ist.

Ein wichtiges Gründungsziel der Stadtwerke Potsdam war die Schaffung eines steuerlichen Querverbundes. Durch seine Funktion erreicht der Verbund bereits heute eine Entlastungswirkung für den Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam. Jährlich übernimmt die Stadtwerke Potsdam GmbH Verluste in 2-stelligem Millionenbereich für die Bereiche Verkehr und Bäder im Rahmen des Verbundes, was die Haushalte der Landeshauptstadt Jahr für Jahr deutlich entlastet. In den letzten Jahren verzeichneten die Stadtwerke auch teilweise negative Jahresergebnisse. Aufgrund der aktuellen Lage an den internationalen Strommärkten, ist zudem eine wirtschaftlich stärkere Belastung der Stadtwerke Potsdam zu erwarten. Des Weiteren unterstützen die verschiedenen Unternehmen der Stadtwerke unter Beachtung der entsprechenden Vorgaben in verschiedener Form z.B. Potsdamer Sportvereine oder Kultureinrichtungen.

Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13691>

>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte

SPD	Ablehnung (abgelehnt)
Bündnis90 / DieGrünen	Ablehnung (abgelehnt)
Sozial.DieLinke	Ablehnung (abgelehnt)
DieLinke	Ablehnung (abgelehnt)
CDU	Ablehnung (abgelehnt)
Die Andere	Ablehnung (abgelehnt) - <i>Mit den Gewinnen der Stadtwerke werden die Verkehrsbetriebe derzeit querfinanziert. Hier würde eine wichtige Finanzquelle für den ViP verloren gehen.</i>

Hauptausschuss	Ablehnung (abgelehnt)
----------------	------------------------------

Finanzausschuss	Ablehnung (abgelehnt)
Stadtverordnetenversammlung	Ablehnung (abgelehnt)

DS 22/SVV/1124

5. Keine finanzielle Beteiligung am Aufwand der Schlösserstiftung (Parkeinritt)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam reduziert ihre finanzielle Beteiligung am Pflegeaufwand der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) oder schafft den Finanzausschuss zum nächst möglichen Zeitpunkt ganz ab. Sie stimmt somit der Erhebung eines Parkeintritts durch die SPSG zu.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Unter der Bedingung, dass auch in Zukunft auf einen pflichtigen Eintritt in Parks auf dem Potsdamer Stadtgebiet verzichtet wird, stellt die Landeshauptstadt der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten (SPSG) für neue Mehrwert-Gartenprojekte vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2023 insgesamt 5 Mio. Euro zur Verfügung. Die Vereinbarung wurde von der Stadtverordnetenversammlung am 27. Juni 2018 (18/SVV/0372) beschlossen. Sollte jedoch in Zukunft eine ausreichende Finanzierung der SPSG erfolgen, ist die Möglichkeit einer Anpassung vorgesehen.

Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13825>

>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte

SPD	Ablehnung (abgelehnt)
Bündnis90 / DieGrünen	Ablehnung (abgelehnt)
Sozial.DieLinke	Annahme (ungeändert beschlossen)
DieLinke	Ablehnung (abgelehnt)
CDU	-
Die Andere	Ablehnung (abgelehnt) - <i>Wir lehnen sowohl die Zahlung an die SPSG ab, als auch den Parkeinritt.</i>

Hauptausschuss	Ablehnung (abgelehnt)
Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität	Ablehnung (abgelehnt)

Finanzausschuss	Ablehnung (abgelehnt)
Stadtverordnetenversammlung	Ablehnung (abgelehnt)

6. Spürbare Verbesserungen im Bürgerservice der Stadtverwaltung**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Potsdam leitet kurz und mittelfristig Maßnahmen ein, um den Bürgerservice nachhaltig zu verbessern. Ziel ist es, dringende Ausweisangelegenheiten, wie Personalausweise, Pässe, Fahrerlaubnisse und KFZ-Dokumente in maximal vier Wochen erledigen zu können. Neben online oder telefonischer Terminvergabe werden auch realistische Spontantermine vor Ort ermöglicht. Daneben werden zeitnah zusätzliche digitale Angebote bereitgestellt.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Landeshauptstadt Potsdam hat die Terminkapazitäten im Sommer 2022 deutlich ausgebaut. Der Bürgerservice wird zudem sukzessive von vormals 34, auf dann 46 Mitarbeitende verstärkt. Auch dadurch kann die Zahl der zukünftig angebotenen Termine deutlich erhöht werden. Zusätzlich wurde die Möglichkeit, den Bürgerservice auch ohne vorherige Terminvereinbarung aufzusuchen, wieder eingeführt. Zudem ist die Terminverwaltung optimiert worden und es wird an technischen Möglichkeiten gearbeitet biometrische Fotos direkt im Bürgerservice aufzunehmen und die Ausgabe von Dokumenten zu flexibilisieren.

Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13898>

>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte

SPD	Annahme (ungeändert beschlossen)
Bündnis90 / DieGrünen	Annahme (ungeändert beschlossen)
Sozial.DieLinke	Annahme (ungeändert beschlossen)
DieLinke	Annahme (ungeändert beschlossen)
CDU	Annahme (ungeändert beschlossen)
Die Andere	Annahme (ungeändert beschlossen)
Hauptausschuss	Annahme (ungeändert beschlossen)
Ausschuss für Ordnung und Sicherheit	Annahme (ungeändert beschlossen)
Eiche	Annahme (ungeändert beschlossen)
Finanzausschuss	Annahme (ungeändert beschlossen)
Stadtverordnetenversammlung	Annahme (ungeändert beschlossen)

7. Freiwillige Feuerwehren finanziell unterstützen**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Potsdams freiwillige Feuerwehren erhalten jährlich eine Zuwendung in Höhe von zusätzlich 50 Euro pro aktivem Mitglied. Diese Mittel können zur Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt werden, um weitere Mitglieder zu gewinnen und neue Materialien anzuschaffen. Darüber hinaus erhalten die freiwilligen und Jugendfeuerwehren eine einmalige Förderung, um jährliche Ausbildungswochen, Schulungen und Übungen zu organisieren.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Freiwillige Feuerwehren sind, neben der Berufsfeuerwehr, integraler Bestandteil des Brandschutzes in Potsdam. Sämtliche Ausgaben sind pflichtig und werden aus dem städtischen Haushalt finanziert. Dazu zählen unter anderem die Öffentlichkeitsarbeit, größere Anschaffungen oder auch allgemeine

oder spezifische Schulungen. Eine haushalterische Unterscheidung zwischen der Finanzausstattung der Berufs- und freiwilligen Feuerwehr ergibt sich daher nicht. Finanzielle Unterstützung erhalten die Jugendfeuerwehr und die freiwillige Feuerwehr zusätzlich über den Stadfeuerwehrverband.

Insgesamt gibt es in Potsdam 15 freiwillige Feuerwehren mit rund 370 Einsatzkräften. Der Verband zählt zu den größten im Land Brandenburg.

Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren erhalten jährlich einen Betrag von 100 Euro bei Nachweis von 40 Stunden Einsatzfähigkeit (Ausbildung, Übungen, Einsätze). Vom Land Brandenburg erhält jedes Mitglied nochmals 100 Euro jährlich bei gleicher Nachweisgrenze. Funktionsträger wie Wehrsprecher, Stadtjugendwart, Ortswehrführer oder Jugendwarte erhalten zusätzlich einen jährlichen Geldbetrag.

Bei rund 370 aktiven Einsatzkräften ergibt eine Steigerung um 50 Euro pro Person rund 18.500 Euro. Diese könnten sowohl für die Auszahlung bei Nachweis der Einsatzfähigkeit genutzt werden oder auch dem Gesamtbudget des Fachbereichs Feuerwehr, unter der Maßgabe zusätzliche im Bürgervorschlag benannte Projekte der freiwilligen Feuerwehren zu unterstützen.

Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13514>

>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte

SPD	Prüfauftrag (geändert beschlossen)
Bündnis90 / DieGrünen	Annahme (ungeändert beschlossen)
Sozial.DieLinke	Annahme (ungeändert beschlossen)
DieLinke	Annahme (ungeändert beschlossen)
CDU	Annahme (ungeändert beschlossen)
Die Andere	Annahme (ungeändert beschlossen)
Ausschuss für Ordnung und Sicherheit	Annahme (ungeändert beschlossen)
Eiche	Annahme (ungeändert beschlossen)
Finanzausschuss (FA)	Prüfauftrag (geändert beschlossen): Potsdams freiwillige Feuerwehren erhalten jährlich eine Zuwendung in Höhe von zusätzlich 50 Euro pro aktivem Mitglied. Diese Mittel können zur Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt werden, um weitere Mitglieder zu gewinnen und neue Materialien anzuschaffen. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob und in welcher Höhe erhalten die freiwilligen und Jugendfeuerwehren eine einmalige Förderung, um jährliche Ausbildungswochen, Schulungen und Übungen zu organisieren, erhalten können .
Stadtverordnetenversammlung	Prüfauftrag (geändert beschlossen) – siehe FA

DS 22/SVV/1127

8. Planung Ortsumgehungsstraße um Potsdam

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam plant eine Ortsumgehungsstraße, einschließlich einer Verlängerung der Wetzlarer Straße, mit Straßenbrücke über den Templiner See (Havelspange) nach Eiche / Golm bis zur B 273. Durch die Verknüpfung der Nuthestraße L 40 mit der Heinrich-Mann-Allee, der Michendorfer Chaussee B 2, der Zeppelinstraße B 1, des Werderschen Damms, Golm-Nord und

der B 273 entsteht eine wirksame Umfahrung der gesamten Innenstadt. Die Maßnahme wird im Bundesverkehrswegeplan angemeldet und kann anteilig von Land und Bund finanziert werden.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zum Bürgerhaushalt 2018/19, Vorschlag Nr. 16 „Verkehrsentlastung durch Umgehungsstraße bzw. weiteren Havelübergang“ (DS 17/SVV/0837) sowie zum Antrag „Prüfung einer Umgehungsstraße für Potsdam“ (DS 18/SVV/0748) wurde festgelegt, dass die Betrachtung mit der nächsten Fortschreibung des StEK Verkehr erfolgen soll. Die Fortschreibung des StEK Verkehr wird derzeit durchgeführt und soll Ende 2023 der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden. In diesem Rahmen wird die Maßnahme einer Ortsumgehung erneut fachlich fundiert und mit allen Auswirkungen auf das Verkehrsnetz der Landeshauptstadt und der Gemeinden im Umland betrachtet. Auf der Basis der damit ermittelten Effekte und Auswirkungen können somit weiterführende Entscheidungen getroffen werden. Die Kosten für die Prüfung der Ortsumgehung im Rahmen der Erarbeitung des StEK Verkehr sind nicht bezifferbar. Das Konzept insgesamt wird voraussichtlich 150.000 Euro kosten.

Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13740>

>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte

SPD	Ablehnung (abgelehnt)
Bündnis90 / DieGrünen	Ablehnung (abgelehnt)
Sozial.DieLinke	Ablehnung (abgelehnt)
DieLinke	Annahme (ungeändert beschlossen)
CDU	Annahme (ungeändert beschlossen)
Die Andere	Ablehnung (abgelehnt) <i>Die Grundannahme der Verringerung des Städtischen Verkehrs ist nicht richtig. Dazu liegen Studien vor. Generell wollen wir einen Ausbau des ÖPNV und Radwegenetzes und weniger Autoverkehr.</i>

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländl. Raumes	Ablehnung (abgelehnt)
Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität	Ablehnung (abgelehnt)

Eiche	Annahme (ungeändert beschlossen)
Golm	Annahme (ungeändert beschlossen)

Finanzausschuss	Ablehnung (abgelehnt)
Stadtverordnetenversammlung	Ablehnung (abgelehnt)

DS 22/SVV/1128

9. Erhalt und Schutz von Kleingärten in Potsdam

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Potsdam setzt sich dafür ein, dass Kleingartenanlagen erhalten bleiben. Zur Sicherung vorhandener Flächen werden keine städtischen Grundstücke mit Kleingärten veräußert oder für andere Zwecke bebaut.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Landeshauptstadt Potsdam setzt sich für Erhalt und Entwicklung der Kleingartenflächen ein. Zu diesem Zweck wurde das Stadtentwicklungskonzept Kleingarten von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, das regelmäßig überarbeitet wird. Darin ist ein Richtwert an

Kleingartenfläche je Einwohner enthalten, es werden Ersatzflächen festgelegt und Maßnahmen zur besseren Nutzung durch die Öffentlichkeit definiert. Der im gesamten Stadtgebiet gültige Flächennutzungsplan bietet dafür die Basis. Es ist jedoch nicht möglich das gesamte Stadtgebiet zur vorbeugenden Sicherung von Kleingartenflächen zu überplanen. Nur in Einzelfällen wird dieses Vorgehen als „letztes Mittel“ angewendet. Dadurch wird verhindert, dass die Fläche gewinnbringend anders verwertet wird. Den rechtlichen Status von Vertragsverhältnissen zwischen Eigentümerinnen und Eigentümer sowie Pächterinnen bzw. Zwischenpächter berührt das nicht. Zur Nutzung städtischer Flächen für den Anbau von Obst oder Gemüse gibt es beim Bereich Grünflächen das Programm der essbaren Stadt.

Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13378>

>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte

SPD	Annahme (ungeändert beschlossen)
Bündnis90 / DieGrünen	Bereits in Umsetzung (erledigt)
Sozial.DieLinke	Annahme (ungeändert beschlossen)
DieLinke	Annahme (ungeändert beschlossen)
CDU	Bereits in Umsetzung (erledigt)
Die Andere	Annahme (ungeändert beschlossen)
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländl. Raumes	Bereits in Umsetzung (erledigt)
Finanzausschuss	Annahme (ungeändert beschlossen)
Stadtverordnetenversammlung	Annahme (ungeändert beschlossen)

DS 22/SVV/1129

10. Radschnellwege-Konzept mit Schnellstrecke Hauptbahnhof / Potsdam-West

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam baut das Radstraßensystem nach niederländischem Vorbild aus. Dazu gehören Radschnellwege, die physisch getrennt sind von Kfz-Straßen, Vorfahrt bei Ampeln für Fahrräder, breite Radwege in separierten Richtungen, die nicht am Ende einer Straße ohne Übergang aufhören und Tempo 30, wo Radwege gezwungenermaßen auf Kfz treffen. Zudem wird ein durchgängiger, ampelfreier, sicherer und abgasfreier Radweg entlang der Bahnstrecke zwischen Potsdam West und Hauptbahnhof geprüft.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Bereits im Jahr 2015 wurde eine entsprechende Machbarkeitsstudie für Radschnellverbindungen, u.a. vom Hauptbahnhof in den Potsdamer Westen durchgeführt. Die Untersuchung hat ergeben, dass eine qualitativ hochwertige Verbindung auf Basis der Standards einer Radwegeschnellverbindung nur mit hohem baulichem Aufwand zu bewältigen ist (insbes. Eingriffe in Kleingärtenanlagen, Grunderwerb, Brückenbauwerke). Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie sind in das Zielnetz des Potsdamer Radverkehrskonzepts eingeflossen, das 2017 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde. Damit gehören Radschnellverbindungen zu den langfristigen Zielen. Gleichwohl bedarf es einem erheblichen finanziellen Aufwand, diese Maßnahmen umzusetzen. Die dafür benötigten Mittel stehen mit dem vorhandenen Budget für Potsdams Radverkehrsanlagen derzeit nicht zur Verfügung.

Mit der Machbarkeitsstudie Radschnellverbindungen wurde im Jahr 2015 für den innerstädtischen Abschnitt zwischen der Zeppelinstraße und dem Potsdamer Hauptbahnhof die Kosten auf ca. 8 Mio.

Euro geschätzt (Kostenstand 2015). Die Fortschreibung der Studie hinsichtlich eines konkreten Konzepts würde schätzungsweise rund 50.000 Euro kosten.

Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13774>

>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte

SPD	Annahme (ungeändert beschlossen)
Bündnis90 / DieGrünen	Annahme (ungeändert beschlossen)
Sozial.DieLinke	Prüfauftrag (geändert beschlossen)
DieLinke	Annahme (ungeändert beschlossen)
CDU	Ablehnung (abgelehnt)
Die Andere	Annahme (ungeändert beschlossen)

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländl. Raumes	Bereits in Umsetzung (erledigt)
Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität	Annahme (ungeändert beschlossen)

Finanzausschuss	Annahme (ungeändert beschlossen)
Stadtverordnetenversammlung	Annahme (ungeändert beschlossen)

DS 22/SVV/1130

11. Energieleitplanung zur Heizenergie aus regenerativen Quellen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für den Umstieg auf alternative, zukunftssichere Heizungen brauchen Hauseigentümer, Vermieter, Unternehmen verlässliche Aussagen, in welchen Quartieren die Stadt welche Energiequellen (Fern- und Nahwärmenetze, Geothermie, Blockheizkraftwerke, industrielle Abwärme, Abwasserwärme usw.) zukünftig zur Verfügung stellen kann. Dazu erarbeitet die Landeshauptstadt Potsdam eine Energieleitplanung. Darin wird für die einzelnen Quartiere der Stadt die zukünftige Wärmeversorgung definiert - auf Basis erneuerbarer Energien.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Bearbeitung der Vergabe zur Erstellung des Energieleitplans und des „Stadtentwicklungskonzeptes Energie“ sind gestartet. Eine Veröffentlichung erfolgt in den üblichen Vergabeportalen. Die Erstellung der Datengrundlagen und des Datenmanagements braucht rund ein Jahr, danach erfolgt die Datenanalyse, mit der Potentialanalyse der verfügbaren erneuerbaren Energiequellen und die Ableitung von zukünftigen Energiekennwerten für die unterschiedlichen Stadtgebiete. Insgesamt ist die Erstellung des Energieleitplans ein Prozess, der nach erfolgter Implementierung, entsprechend der Umsetzung (dem Umbau und/oder Zubau von Energieerzeugungsanlagen unterschiedlicher Energieträger) fortgeschrieben werden muss. Die Implementierungsphase wird auf zwei Jahre geschätzt. Danach erfolgt in einer Zeitspanne von bis zu 20 Jahren der Umbau des Energieversorgungssystems.

Für die Erstellung, das Hosting und die Implementierung sind im Doppelhaushalt 2023/24 rund 280.000 Euro geplant, für Aktualisierungen und Betriebskosten werden jährlich etwa 20.000 Euro veranschlagt. Investitionen zum Umbau von Energieerzeugungsanlagen liegen nicht im Einflussbereich der Landeshauptstadt und werden von der Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP) oder Investoren von Bauvorhaben geplant.

Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13895>

>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte

SPD	Annahme (ungeändert beschlossen)
Bündnis90 / DieGrünen	Bereits in Umsetzung (erledigt)
Sozial.DieLinke	Bereits in Umsetzung (erledigt)
DieLinke	Prüfauftrag (geändert beschlossen)
CDU	Bereits in Umsetzung (erledigt)
Die Andere	Annahme (ungeändert beschlossen)

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität	Annahme (ungeändert beschlossen)
---	---

Finanzausschuss	Annahme (ungeändert beschlossen)
Stadtverordnetenversammlung	Annahme (ungeändert beschlossen)

DS 22/SVV/1131

12. Inselbühne auf der Freundschaftsinsel erhalten und fördern

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam sichert und fördert den Betrieb der „Inselbühne“ auf der Freundschaftsinsel. Dazu gehört ein längerer Förderzeitraum als bisher, mit einer drei oder Fünf-Jahres-Perspektive und die Sicherstellung einer jährlichen Basisfinanzierung.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Stadtverordnetenversammlung hat Anfang Juni 2022 mit dem Beschluss „Langfristige Betreuung der Inselbühne“ (vgl. DS 22/SVV/0434) den Oberbürgermeister bereits damit beauftragt, eine langfristige Nutzungsvereinbarung über einen Zeitraum von mindestens drei, längstens fünf Jahren auszuschreiben. Dazu wurde durch die Landeshauptstadt Potsdam nun eine Ausschreibung vorbereitet. Entsprechend des Beschlusses wird über das weitere Vorgehen informiert. Eine belastbare Kostenermittlung ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich. Es ist davon auszugehen, dass mindestens 100.000 Euro benötigt werden.

Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13690>

>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte

SPD	Annahme (ungeändert beschlossen)
Bündnis90 / DieGrünen	Annahme (ungeändert beschlossen)
Sozial.DieLinke	Annahme (ungeändert beschlossen)
DieLinke	Annahme (ungeändert beschlossen)
CDU	Bereits in Umsetzung (erledigt)
Die Andere	Annahme (ungeändert beschlossen)

Kulturausschuss	Annahme (ungeändert beschlossen)
-----------------	---

Finanzausschuss	Annahme (ungeändert beschlossen)
Stadtverordnetenversammlung	Annahme (ungeändert beschlossen)

13. Einrichtung eines fachübergreifenden Teams für Klimaschutz und Energiesicherheit

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam richtet zur Planung, Koordinierung, Umsetzung und zum Monitoring von effektiven Maßnahmen für Klimaschutz und Energiesicherheit unverzüglich ein mit diesen Aufgaben betrautes sektor- und ämterübergreifendes Klimaschutzteam ein. Aufbauend auf der existierenden Koordinierungsstelle Klimaschutz soll dieses Team mit ausreichend zusätzlichem Personal und gestärkter Umsetzungskapazität ausgestattet werden, um schnell, übergreifend und effektiv zu agieren und eine starke Führungsrolle einzunehmen. Außerdem leistet das neu aufgestellte Klimateam kontinuierliche, Transparenz schaffende Öffentlichkeitsarbeit, erhöht damit die Sichtbarkeit ihrer Klimaschutzaktivitäten und investiert in Formate für eine dynamische Bürgerbeteiligung.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Stadtverordnetenversammlung hat im Jahr 2019 den Klimanotstand erklärt. Damit wurde auch die Verstärkung der personellen Ressourcen zur Umsetzung des Klimaschutzes in den Facheinheiten, inkl. zehn Personalstellen, beschlossen. Diese sollen und können das vorgeschlagene Klimateam bilden. Zuletzt haben die Stadtverordneten im Mai 2022 mit dem Beschluss zur Treibhausgasneutralität bis 2035 (22/SVV/0960) den Auftrag erteilt, ein softwarebasiertes Monitoring für die Umsetzung der Maßnahmen zu implementieren. Die Klimastelle hat mit der inhaltlichen Abstimmung innerhalb der Verwaltung und mit der Politik begonnen und wird voraussichtlich im September 2022 einen entsprechenden Vergabeprozess starten. Die Auswahl eines Anbieters und die technische Umsetzung werden ca. 6 bis 8 Monate dauern. Danach erfordert die fortlaufende Aktualisierung und die Darstellung der Aktivitäten zum Klimaschutz intensive Kommunikation und Information. Dazu braucht es eine professionelle, redaktionelle Betreuung, die aktuell mit den vorhandenen Kapazitäten der Mitarbeitenden der Klimastelle nicht abgebildet werden kann. Daher wird der Vorschlag zur Verstärkung in diesem Bereich begrüßt.

Die einmalige Einführung eines softwarebasierten Monitorings kostet ca. 40.000 bis 60.000 Euro. Danach entstehen fortlaufende Kosten für Lizenzen von ca. 20.000 Euro jährlich. Diese Kosten sind für den Doppelhaushalt 2023/24 bereits angemeldet. Zudem ist Personal zur Betreuung und Fortschreibung des Monitoringtools (1) und zur Kommunikation sowie als Bindeglied zwischen externen Stakeholdern und der Stadtverwaltung (0,5) nötig. Diese beiden Personalbedarfe sind bisher nicht im Stellenplan enthalten.

Die zehn Stellen zur Umsetzungsunterstützung der Drucksache 19/SVV/ 0543 (Klimanotstand) wurden geschaffen, müssen in den verschiedenen Fachbereichen jedoch teilw. noch besetzt werden.

Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13888>

>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte

SPD	Annahme (ungeändert beschlossen)
Bündnis90 / DieGrünen	Bereits in Umsetzung (erledigt)
Sozial.DieLinke	Bereits in Umsetzung (erledigt)
DieLinke	Annahme (ungeändert beschlossen)
CDU	Bereits in Umsetzung (erledigt)
Die Andere	Annahme (ungeändert beschlossen)
Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität	Annahme (ungeändert beschlossen)
Finanzausschuss	Annahme (ungeändert beschlossen)
Stadtverordnetenversammlung	Annahme (ungeändert beschlossen)

14. Dialog mit Schloesserstiftung: Nutzung des Babelsberger Parks auch für Naherholung**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die Stadt Potsdam wirkt im Dialog mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten darauf hin, dass im Park Babelsberg Flächen von den Anwohnerinnen und Anwohnern zur Naherholung genutzt werden dürfen. Hierbei können konkrete Angebote unterbreitet werden, bspw. bei der Reinigung oder Grünpflege der Parks unterstützen.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Der Babelsberger Park ist seit Dezember 1990 Teil des UNESCO-Welterbes. Damit gehen besondere Verpflichtungen zum Schutz einher. Er ist Teil der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten (SPSG). Die Erholungsflächen im Park sind durch das Stadtbad definiert. Daneben gibt es eine geduldete Badestelle.

Mit dem großen Baumbestand leistet der Park einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz. Die seit einigen Jahren festzustellende Übernutzung, die damit einhergeht, dass wertvolle Uferflächen mit ihren einzigartigen Biotopen zerstört und große Mengen von Müll in den Park eingetragen werden, gefährdet den Park als solches und damit seine Aufenthaltsqualität für Einheimische und Gäste gleichermaßen.

Es besteht bereits ein sehr guter Dialog zwischen der Stadtverwaltung und der Stiftung, der unter anderem darauf abzielt, das verständliche Bedürfnis junger Menschen und der Anwohnenden nach Freiflächen zu prüfen. Zudem gibt es gemeinsame Aufräumaktionen.

Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13818>

>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte

SPD	Annahme (ungeändert beschlossen)
Bündnis90 / DieGrünen	Bereits in Umsetzung (erledigt)
Sozial.DieLinke	Annahme (ungeändert beschlossen)
DieLinke	Annahme (ungeändert beschlossen)
CDU	Ablehnung (abgelehnt)
Die Andere	Annahme (ungeändert beschlossen) - <i>Keine Deckungsquelle notwendig</i>

Hauptausschuss	Annahme (ungeändert beschlossen)
Jugendhilfeausschuss	Annahme (ungeändert beschlossen)

Finanzausschuss	Annahme (ungeändert beschlossen)
Stadtverordnetenversammlung	Annahme (ungeändert beschlossen)

15. Gemeinsame Baumpflege mit der Bürgerschaft**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Um Potsdams Baumbestand zu sichern und vor Trockenschäden zu schützen, wird bürgerschaftliches Engagement dazu gefördert. Dazu werden Wasser-Gutscheine und Paten-Plaketten eingesetzt. Begleitend werden Grundwasserpumpen aktiviert und stadtweit mehr Bewässerungsbeutel eingesetzt. Auch wird ein öffentlicher Bewässerungsplan ausgearbeitet, der es allen ermöglicht sich zu beteiligen: An den Bäumen werden Hinweisschilder angebracht, die konkrete Auskunft zum Bewässerungsstand geben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Landeshauptstadt Potsdam unterstützt das bürgerschaftliche Engagement zum Schutz der Stadtbäume vor Trockenheit. Der Sommer 2022 ist bereits der fünfte Dürresommer in Folge. Alle Einwohnerinnen und Einwohner wurden daher um Unterstützung bei der Wässerung von Bäumen auf öffentlichen Grünflächen gebeten. Während neu gepflanzte Bäume bis zu fünf Jahre von den Pflanzfirmen gewässert werden, besteht dringender Bedarf nach diesem Zeitraum. Wassergutscheine sind denkbar. Bei entsprechender Nachfrage ist mit ca. 10.000 Euro pro Jahr zu rechnen.

Die Landeshauptstadt Potsdam bietet zudem bereits die Möglichkeit, Patenschaften für Bäume einzugehen. In der bisherigen Form ist die Baumpatenschaft mit einer Spende von 1.250 Euro verbunden, für die ein Baum gepflanzt und gepflegt wird. Dieses Modell kann um eine ausschließliche Wässerungspatenschaft erweitert werden. Hierzu sind jedoch zusätzliche Verwaltungskapazitäten durch Mitarbeitende für die Betreuung der Paten sicherzustellen. Die Kosten hierfür belaufen sich auf rund 50.000 Euro pro Jahr.

Die Anlage von Brunnen ist gesondert zu prüfen. Für den Bau sind 7.000 Euro einmalig und rund 500 Euro jährlich für die Unterhaltung zu kalkulieren.

Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13701>

>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte

SPD	Prüfauftrag (geändert beschlossen)
Bündnis90 / DieGrünen	Prüfauftrag (geändert beschlossen)
Sozial.DieLinke	Annahme (ungeändert beschlossen)
DieLinke	Annahme (ungeändert beschlossen)
CDU	Prüfauftrag (geändert beschlossen)
Die Andere	Annahme (ungeändert beschlossen) - <i>Eine langfristige Umsetzung der gemeinsamen Baumpflege könnte sogar Geld sparen, da eine Wasserversorgung mit KfZs nur noch zu einem geringen Teil notwendig wäre.</i>

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität	Annahme (ungeändert beschlossen)
Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung	Prüfauftrag (geändert beschlossen)

Eiche	Annahme (ungeändert beschlossen)
-------	---

Finanzausschuss (FA)	<p>Prüfauftrag (geändert beschlossen)</p> <p>Um Potsdams Baumbestand zu sichern und vor Trockenschäden zu schützen, wird bürgerschaftliches Engagement dazu gefördert. Dazu werden folgende Punkte geprüft: Wasser-Gutscheine und Paten-Plaketten, die Aktivierung von eingesetzt. Begleitend werden Grundwasserpumpen, der Einsatz von aktiviert und stadtweit mehr Bewässerungsbeuteln, eingesetzt. Auch wird ein die Ausarbeitung eines öffentlichen Bewässerungsplans ausgearbeitet, der es allen ermöglicht sich zu beteiligen: An den Bäumen werden Hinweisschilder angebracht, die konkrete Auskunft zum Bewässerungsstand geben.</p>
Stadtverordnetenversammlung	Prüfauftrag (geändert beschlossen) – siehe FA

16. Jugend- und Freizeitfläche am Nuthepark / Hauptbahnhof finanzieren

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Am oberen Teil des Nutheparks zwischen Hauptbahnhof, Langer Brücke und Havel soll eine neue Jugend- und Freizeitfläche entstehen. Da bisher nur ein kleiner Teil der Finanzierung für den Bau und Gestaltung der Fläche gesichert ist, stellt die Landeshauptstadt Potsdam ausreichend finanzielle Mittel zur Gesamtfinanzierung bereit.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Das Stadtentwicklungskonzept für Spielflächen stellt im Zentrum Potsdams ein Defizit für Jugendfreizeitanlagen fest. Auch wurden bereits seit längerem fehlende Jugendangebote in der Öffentlichkeit beklagt. Die relativ großzügige Freifläche am Nuthepark direkt beim Hauptbahnhof mit genügendem Abstand zur umliegenden Wohnbebauung wäre als Jugend- und Freizeitfläche nutzbar. Die derzeitig als Baustelleneinrichtungsfläche der Baumaßnahmen des Leipziger Dreiecks genutzte Teilfläche des Nutheparks wird Ende 2022 beräumt. Eine im Mai 2022 durchgeführte Jugendbeteiligung brachte folgende Wünsche der Jugend hervor: Sitzmöglichkeiten, Wiese zum Chillen, öffentliche Toiletten, schattige Plätze, Grill-Plätze, Tischtennis, Beachvolleyball, Parcours, Klettern, Basketball, Fußball etc. Der Bedarf für Bau- und Baunebenkosten beträgt rund 900.000 Euro.

Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13695>

>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte

SPD	Annahme (ungeändert beschlossen)
Bündnis90 / DieGrünen	Annahme (ungeändert beschlossen)
Sozial.DieLinke	Annahme (ungeändert beschlossen)
DieLinke	Annahme (ungeändert beschlossen)
CDU	Prüfauftrag (geändert beschlossen)
Die Andere	Annahme (ungeändert beschlossen)

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländl. Raumes	Annahme (ungeändert beschlossen)
Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität	Annahme (ungeändert beschlossen)
Jugendhilfeausschuss	Annahme (ungeändert beschlossen)

Finanzausschuss	Prüfauftrag (geändert beschlossen) Am oberen Teil des Nutheparks zwischen Hauptbahnhof, Langer Brücke und Havel soll eine neue Jugend- und Freizeitfläche entstehen. Da bisher nur ein kleiner Teil der Finanzierung für den Bau und Gestaltung der Fläche gesichert ist, stellt prüft die Landeshauptstadt Potsdam, wie im Ergebnis der beschlossenen Planung ausreichend finanzielle Mittel zur Gesamtfinanzierung bereitgestellt werden können. Dem SBWL-Ausschuss ist im 3. Quartal 2024 zu berichten.
Stadtverordnetenversammlung	Prüfauftrag (geändert beschlossen) – siehe FA

17. Sporthalle zur Nutzung für Vereine und Gruppen (ohne Schulsport)**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Potsdam errichtet eine neue Sporthalle, die keiner Schule zugehörig ist und die vormittags bspw. von Eltern-Kleinkind-Gruppen, Senior/innen und für Fortbildungen genutzt werden kann und nachmittags auch dem Vereinssport zur Verfügung steht. Die Halle sollte vorzugsweise im Norden der Stadt entstehen. Für dieses neu zu bauende Gebäude könnten moderate Nutzungsgebühren erhoben werden. Im Unterschied dazu sollen Schulsport halls für Vereine am Nachmittag weiterhin kostenfrei zur Verfügung stehen.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Sportfachlich wäre das Anliegen des Vorschlags wünschenswert. Allerdings entstehen im Rahmen der Schulentwicklung in Potsdam kurz- und mittelfristig (bis voraussichtlich 2028) bereits etwa 15.000 m² neue Sporthallenfläche auf etwa 30 Hallenfeldern. Hierdurch können sehr gute Effekte für den Vereins- und Breitensport erreicht werden. Angesichts dieses geplanten, erheblichen Zuwachses der Hallenkapazitäten erscheint es derzeit eher unwirtschaftlich, kurzfristig eine weitere Sporthalle ohne Schulnutzung zu errichten.

Die Investitionskosten betragen, ohne Grundstück und Erschließung auf der Basis aktueller BKI-Kennzahlen, für einen mittleren Standard rund 2,81 Mio. Euro. Die Mietkosten (netto kalt, bei einem 100 prozentigen Investitionszuschuss der Landeshauptstadt Potsdam) würden demnach rund 73.000 Euro pro Jahr betragen. Es entstünden zudem Betriebskosten in Höhe von rund 63.600 Euro pro Jahr (auf aktueller Preisbasis).

Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13417>

>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte

SPD	Ablehnung (abgelehnt)
Bündnis90 / DieGrünen	Ablehnung (abgelehnt)
Sozial.DieLinke	Ablehnung (abgelehnt)
DieLinke	Prüfauftrag (geändert beschlossen)
CDU	Prüfauftrag (geändert beschlossen)
Die Andere	Prüfauftrag (geändert beschlossen) <i>Die Kosten und Organisation sollten vorab ermittelt werden.</i>

Ausschuss für Bildung und Sport	Ablehnung (abgelehnt)
---------------------------------	------------------------------

Eiche	Prüfauftrag (geändert beschlossen)
Fahrland	Ablehnung (abgelehnt)
Golm	Annahme (ungeändert beschlossen)
Groß Glienicke	Annahme (ungeändert beschlossen)
Grube	Ablehnung (abgelehnt)
Marquardt	Annahme (ungeändert beschlossen)
Neu Fahrland	Annahme (ungeändert beschlossen)
Satzkorn	Annahme (ungeändert beschlossen)
Uetz-Paaren	Annahme (ungeändert beschlossen)

Finanzausschuss	Ablehnung (abgelehnt)
Stadtverordnetenversammlung	Ablehnung (abgelehnt)

18. Freibad im Potsdamer Norden**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Potsdam errichtet im Norden der Stadt ein Freibad, das besonders für Kinder und Jugendliche durch öffentliche Verkehrsmittel zu erreichen ist, von Rettungsschwimmern beaufsichtigt wird und vor allem kein fließendes Gewässer nutzt.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Aus sportfachlicher Sicht wäre ein Freibad wünschenswert, aber mittelfristig kaum finanzierbar. In den nächsten Jahren werden enorme Finanzmittel für bereits andere pflichtige Aufgaben der Kommune aufzubringen sein. Die Kosten für diese Investition betragen rund 8 bis 14 Mio. Euro je nach Bauart und Größe (ohne Grundstück, Erschließung, Baunebenkosten). Die Betriebskosten werden auf 200.000 bis 400.000 Euro je nach Saisonwetter und Größe (ohne Kapitalkosten) geschätzt.

Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13475>

>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte

SPD	Ablehnung (abgelehnt)
Bündnis90 / DieGrünen	Bereits in Umsetzung (erledigt)
Sozial.DieLinke	Prüfauftrag (geändert beschlossen)
DieLinke	Prüfauftrag (geändert beschlossen)
CDU	Prüfauftrag (geändert beschlossen)
Die Andere	Annahme (ungeändert beschlossen)

Ausschuss für Bildung und Sport	Ablehnung (abgelehnt)
---------------------------------	------------------------------

Eiche	Ablehnung (abgelehnt)
Fahrland	Ablehnung (abgelehnt)
Golm	Annahme (ungeändert beschlossen)
Groß Glienicke	Annahme (ungeändert beschlossen)
Grube	Annahme (ungeändert beschlossen)
Marquardt	Annahme (ungeändert beschlossen)
Neu Fahrland	Annahme (ungeändert beschlossen)
Satzkorn	Annahme (ungeändert beschlossen)
Uetz-Paaren	Annahme (ungeändert beschlossen)

Finanzausschuss	Ablehnung (abgelehnt)
Stadtverordnetenversammlung	Bereits im Umsetzung (erledigt mit Bezug auf die Drucksache 23/SVV/0045 „Kiez-Schwimmbad Nord verbindlich in die Planung aufnehmen“)

19. Wohnblock „Staudenhof“ erhalten / sanieren

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der bisher für einen Abriss vorgesehene Wohnblock „Staudenhof“ am Alten Markt/Am Kanal bleibt stehen und wird nachhaltig und klimaschonend saniert.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Umsetzung des sogenannten Block V fußt auf Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung, die sich nicht nur auf städtebauliche und architektonische Punkte zur Wiederannäherung an den historischen Stadtgrundriss beziehen, sondern auch Aspekte der Wirtschaftlichkeit und letztlich der Ausgestaltung von Mietpreisen berücksichtigen.

Der Beschluss 12/SVV/0386 gab der ProPotsdam GmbH die Vorgabe, nur noch notwendige Instandhaltungsmaßnahmen am Gebäude durchzuführen, um das Gebäude nach zehn Jahren Restnutzungsdauer abzureißen. Entsprechend schlecht ist heute, zwölf Jahre später, der Zustand des Gebäudes. Aufgrund dessen ist anzunehmen, dass der klimatische Mehrwert durch weiternutzbare „graue Energie“ sehr gering ausfiele. Auch sind zur Zeit der Erbauung heute nicht mehr zulässige und teils gesundheitsschädigende Baustoffe verwendet worden, was eine Sanierung weiter verteuern würde.

Grundsätzlich und insbesondere vor dem Hintergrund der Klimakrise ist es richtig, Bestandsbauten nicht fraglos abzureißen und „Ersatzneubauten“ zu errichten. Im Neubau besteht jedoch großer Gestaltungsspielraum für die Stadt, bezahlbaren und bedarfsgerechten Wohnraum (insbesondere auch große Wohnungen für Familien im Zentrum) mit zeitgemäßen Grundrissqualitäten und energetischen Standards anzubieten.

Die Wirtschaftlichkeit von Abriss und Neubau wurde durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis genommen (vgl. Drucksache 21/SVV/0007).

Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13346>

>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte

SPD	Ablehnung (abgelehnt)
Bündnis90 / DieGrünen	Ablehnung (abgelehnt)
Sozial.DieLinke	Annahme (ungeändert beschlossen)
DieLinke	Annahme (ungeändert beschlossen)
CDU	Ablehnung (abgelehnt)
Die Andere	Annahme (ungeändert beschlossen) <i>Der Erhalt und die Sanierung des Gebäudes ist unter derzeitigen Voraussetzungen deutlich kostengünstiger als Abriss und Neubebauung des Areals. Zudem kann das Gebäude als Geflüchtetenunterkunft weitergenutzt werden und somit mindestens ein teurer Neubau, wie derzeit laut Sonderbauprogramm geplant, gespart werden.</i>

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländl. Raumes	Ablehnung (abgelehnt)
Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion	Ablehnung (abgelehnt)
Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität	Ablehnung (abgelehnt)

Finanzausschuss	Ablehnung (abgelehnt)
Stadtverordnetenversammlung	Ablehnung (abgelehnt)

20. Fahrradweg-Lückenschluss zwischen Satzkorn und Marquardt**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die Landeshauptstadt Potsdam baut zwischen Satzkorn in Richtung Marquardt (ab dem bis zum Bolzplatz vorhandenen Radweg) zum Kreisverkehr an der B 273 einen separaten Radweg an der viel befahrenen Satzkorner Bergstraße.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Im Rad- sowie im Fußverkehrskonzept der Landeshauptstadt Potsdam ist als Maßnahme der Priorität 2 der Bau eines gemeinsamen Geh- und Radwegs an der Bergstraße zwischen der B 273 und dem Fußballplatz enthalten. Das Vorhaben kann erst nach Abarbeitung der Maßnahmen der Priorität 1 erfolgen.

Mit der Übernahme der Marquardter Straße (vom Land Brandenburg) ist der Bau eines weiteren Geh- und Radwegs in die Zuständigkeit der Landeshauptstadt Potsdam übergegangen. Aufgrund der höheren Priorität des Geh- und Radwegs an der Marquardter Straße (Priorität 1) soll dieser noch vor der Bergstraße erfolgen. Dies bedeutet derzeit eine spätere Planung für den Lückenschluss an der Bergstraße nach 2026.

Darüber hinaus wird mit der Herstellung der Mobilitätsdrehscheibe am Bahnhof Marquardt auch eine Busverbindung zwischen dem Ortsteil Satzkorn und dem Bahnhof Marquardt geschaffen, womit eine umweltgerechte Alternative für diese wichtige Verbindung entsteht.

Die Kosten zur Herstellung eines Geh- und Radwegs als Lückenschluss zwischen der B 273 und dem Ortsteil Satzkorn werden grob auf 2,75 Mio. Euro geschätzt. Darin enthalten sind auch Aufwendungen für den Grunderwerb, Ableitung des Oberflächenwassers und dem naturschutzrechtlichen Ausgleich und Ersatz. Eine konkrete Kostenberechnung erfolgt im Rahmen der Entwurfsplanung unter Berücksichtigung der dann aktuellen Marktlage.

Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13342>

>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte

SPD	Annahme (ungeändert beschlossen)
Bündnis90 / DieGrünen	Bereits in Umsetzung (erledigt)
Sozial.DieLinke	Bereits in Umsetzung (erledigt)
DieLinke	Bereits in Umsetzung (erledigt)
CDU	Bereits in Umsetzung (erledigt)
Die Andere	Annahme (ungeändert beschlossen)

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländl. Raumes	Bereits in Umsetzung (erledigt)
Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität	Bereits in Umsetzung (erledigt)

Marquardt	Annahme (ungeändert beschlossen)
Satzkorn	Annahme (ungeändert beschlossen)

Finanzausschuss	Bereits in Umsetzung (erledigt)
Stadtverordnetenversammlung	Annahme (ungeändert beschlossen)